

UHH · StuPa-Präsidium · Von-Melle-Park 5 · D-20146 Hamburg

## **Beschluss des Studierendenparlamentes vom 26. Januar 2017**

**Wissenschaftsrat bleibt hinterm Mars.**

**Jetzt erst recht: Für eine bedarfsgemäße Finanzierung der Universität zum Allgemeinwohl.**

Am 23. Januar 2017 veröffentlichte der Wissenschaftsrat seine „Empfehlung zur Weiterentwicklung der Geistes- und Sozialwissenschaften sowie der Gesamtstrategie der Universität Hamburg“. Dieses Schriftstück von gut 150 Seiten will das Ergebnis einer Begehung der Uni Hamburg im letzten halben Jahr sein. Es ist aber vielmehr ein weiterer Beweis dafür, dass der Wissenschaftsrat keine geeignete Einrichtung für eine demokratische und gesellschaftsverantwortliche Wissenschaftsentwicklung ist. Statt einer permanenten Evaluierungsshow mit Bewertungsdruck muss die Wissenschaft bedarfsgemäß finanziert werden, damit sie umfassend zu einer humanen Entwicklung der Gesellschaft beitragen kann.

Der Wissenschaftsrat ist ein Beratungsgremium aus exklusiv ausgewählten Wissenschaftler\*innen, Vertreter\*innen aus Bund und Ländern sowie „Personen öffentlichen Lebens“ sprich Industrie- und Großunternehmen-Vertreter\*innen, das im Jahr 1957 für die Koordination von Großforschungsprojekten gegründet wurde. Von Beginn an hat er sich als Instrument für marktkonforme Wissenschaft hervorgetan: Seit seiner Gründungszeit, also in der Zeit der Remilitarisierung und NATO-Integration Westdeutschlands, bildete die Förderung von rüstungsrelevanter Forschung und nuklearer Technologien eine Orientierung für den Wissenschaftsrat. Dem gewachsenen gesellschaftlichen Bedarf an Hochschulbildung versuchte er im Jahr 1966 mit dem Vorschlag, dass Studium in Masse (berufsbefähigenden Studienabschluss) und Elite (forschungsorientiertes Studium) zu trennen, zu begegnen. Der breite Protest aus der Studierendenschaft in den „68er“-Jahren drängte diese Vorschläge zurück und setzte stattdessen einen tendenziell kritischen Gesellschaftsbezug in der Wissenschaft durch. Infolgedessen wurde der Wissenschaftsrat auch kein Planungs- sondern „nur“ ein Beratungsorgan.

Vor diesem Hintergrund kritisiert das Studierendenparlament der Uni Hamburg die Entscheidung des Hamburgischen Senats, den Wissenschaftsrat zur Beurteilung und Beratung der Entwicklung der Uni Hamburg hinzugezogen zu haben und fordert alle dazu auf, die Empfehlungen sehr kritisch zu lesen.

Die Mitglieder der Uni Hamburg engagieren sich seit Jahren in der Studienreform zur Bildung mündiger Persönlichkeiten statt Bachelor-Master-Terror, für den Ausbau der demokratischen Hochschule statt Top-Down-Strukturen mit Hochschulrat und für die bedarfsgemäße Grundfinanzierung von Wissenschaft zum Allgemeinwohl statt Konkurrenz um künstlich verknappte Mittel und Drittmittel-Hechelei. Mit diesem Engagement ist es bisher gelungen, der mit dem Dogma der „unternehmerischen Hochschule“ forcierten Kultur des Misstrauens und der Konkurrenz eine neue Kultur der Solidarität entgegenzusetzen. So ist die Diskussion um die gesellschaftliche Verantwortung der Uni neu befeuert, was Ausdruck in den Protesten für eine Demokratisierung und bedarfsgemäße Grundfinanzierung der Wissenschaft und in der Studienreform findet.

Davon will der Wissenschaftsrat nichts wissen. Ohne Offenlegung und Begründung für die Prämissen der Beurteilung werden in der Empfehlung als Maßstäbe die (internationale) Sichtbarkeit durch Profilbildung, das Drittmittel-Volumen, die Wirtschaftsbindung und die Arbeitsmarktrelevanz gesetzt. Diese Orientierung an der Verwertbarkeit ist aber umfassend gescheitert. Gerade in der aktuell tiefen politischen und sozialen Polarisierung in der Gesellschaft muss Wissenschaft aufklärerisch eingreifen und sich beimessen, politisch wirksam zu sein. Die Empfehlungen des Wissenschaftsrats sind eben durch das Verkennen der entwickelten

Realität zutiefst anachronistisch.

Das Studierendenparlament nimmt sich vor diesem Hintergrund erstmal die Empfehlungen des Wissenschaftsrats im Bereich „Studium und Lehre“ vor. Denen entgegen engagiert sich das Studierendenparlament

- für den Ausbau der Volluniversität, weil in der Vielfalt der Fächer die breite Wahrnehmung von historisch gewachsener und gesellschaftlicher Verantwortung zum Ausdruck kommt, und insbesondere die Kleinen Fächer in den Sprachwissenschaften Bedeutung für die diplomatische und zivile Verständigung der Menschen weltweit haben,
  - statt dem Wissenschaftsrat zu glauben, die Profilbildung sei wichtiger als Volluniversität, weil Verwertbarkeit und Wirtschaftsbindung wichtiger sei.
- für die Weiterentwicklung der Einheit von Forschung und Lehre mit der Orientierung an den gesellschaftlichen Herausforderungen wie Friedensentwicklung, Demokratisierung, Herstellung sozialer Gerechtigkeit sowie Inklusion aller Menschen,
  - statt wie der Wissenschaftsrat fordert, das Angebot der Sonderpädagogik zu überprüfen, da es zu geringe Personalausstattung und Studierendenzahl habe, und zu prüfen, ob Studiengänge in den Kleinen Fächern besser gestrichen werden sollten.
- für den Ausbau des Angebots „Deutsch als Fremdsprache“, um die Uni Hamburg Studieninteressierten aus aller Welt stärker zu öffnen und die Kommiliton\*innen durch die Möglichkeit des Spracherwerbs in die Lage zu versetzen, an dem politischen und kulturellen Leben an der Uni und in Hamburg teilzuhaben,
  - statt dem Wissenschaftsrat zu folgen, für höhere internationale Attraktivität die Unterrichtssprache (auf Englisch) umzustellen.
- für die weitere Belegung des internationalen Austauschs unter den Kommiliton\*innen und Wissenschaftler\*innen an der Uni Hamburg vor Ort, um die Kenntnisse in einer Fremdsprache und in anderen Kulturen auszubauen,
  - statt der Empfehlung des Wissenschaftsrats nachzukommen, in den Lehramtsstudiengängen ein verpflichtendes Auslandssemester einzuführen, besonders ohne jegliche Reflexion der prekären Lage der Studierenden.
- für den Ausbau von dauerhaften Personalstellen in der Lehre und damit die Verbesserung des Lehr-Lern-Verhältnisses, weil dadurch ein solidarisches und demokratisches Lernen gestärkt wird,
  - statt sich dem Wissenschaftsrat anzuschließen, ein gutes Betreuungsverhältnis aufgrund von niedrigen Studierendenzahlen zum Anlass zu nehmen, die Effizienz des Studiengangs in Frage zu stellen und zu fordern, Hochschulpaktmittel für Professuren und Lehrpersonal einzusetzen.
- für das Ende des Akkreditierung-Wahnsinns, von dem nur die privaten Akkreditierungsagenturen profitieren, und dem Ausbau der demokratischen Studiengangs-Organisation und -Evaluierung,
  - statt dem fast schon verzweifelten Fordern des Wissenschaftsrats nachzugeben, jetzt doch noch, auch nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil, die aktuellen Regelung zur Akkreditierung ginge nicht mit der im Grundgesetz verankerten Freiheit von Wissenschaft einher, die Studiengänge an der Uni Hamburg zu akkreditieren.

Das Studierendenparlament nimmt die Empfehlung des Wissenschaftsrats zum Anlass, alle zu ermutigen, die konformitätserzwingenden Instrumente wie den Wissenschaftsrat zu verlassen, weil diese keine Perspektive haben die aktuell tiefe Krise human zu lösen, und sich selbst daran zu machen, mit Wissenschaft dazu beizutragen, für alle ein menschenwürdiges Leben zu realisieren. Die Möglichkeiten dafür sind aktuell mit dem erarbeiteten Reichtum so gut wie noch nie!